

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sam- und Feiertage. Preis 10 Pf. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 3,50 M.

Insensende werden die Gehaltene Beiträge über deren Raum mit 15 Pf. Keilnamen mit 50 Pf. die Stelle berechnet, bei Rückstellungen entsprechenden Rabatt.

| an der Börse | | | |
|--------------|-----|----|----|
| von | bis | | |
| M. | J. | M. | J. |
| 21 | 65 | 22 | 40 |
| 15 | 80 | 15 | 70 |
| 15 | 80 | 16 | 20 |

| Bittan | | | |
|--------|----|----|----|
| von | | | |
| M. | J. | M. | J. |
| 10 | 90 | 11 | 90 |
| 4 | 50 | 5 | — |
| 2 | 20 | 2 | 40 |
| 1 | 50 | 1 | 70 |
| 2 | 20 | 2 | 50 |
| 2 | 40 | 8 | — |

Zylinderhut und Jakobinermütze.

Dresden, den 1. März 1910.

Mehr ein harmloser Scherz schienen anfangs die Straßendemonstrationen zu sein, die von Seiten der Sozialdemokraten aus Anlaß der Wahlrechtsvorlage in einzelnen Städten Preußens veranstaltet wurden. Doch bald erhielten sie ein anderes Gesicht; die Zusammenstöße zwischen Polizei und Sozialdemokraten mehrten sich und arteten in den einzelnen Orten zu förmlichen Schlachten aus, wobei es hüben und drüben Verwundete gab. Die sozialdemokratische Presse legte die Verantwortung allein der Polizei zur Last. „Das Blut“, schreibt der Vorwärts, „das in den Straßen von Frankfurt geflossen ist, kommt aufs Haupt der Polizei und ihrer Auftraggeber, kommt aufs Haupt der preußischen Junker und ihrer Regierung, die den Schrei nach dem freien Wahlrecht ersticken möchten. Das Blut, das in der Nacht zum Freitag das Pflaster färbte, brauchte nicht zu fließen, wenn die Polizei nicht statt ein Werkzeug zur Sicherung der Sicherheit, ein Werkzeug zur Unterdrückung von Volksbewegungen sein sollte! Der friedliche Verlauf der Donnerstagdemonstration in Halle beweist es schlagend! Daran kann all die unerschämte Stimmungsmache der Polizei, für die sich die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter unbedenken hergibt, nicht ändern! Und trotz allen Blutergießens wird der Zweck der Reaktionsäre, die Unterdrückung der Bewegung gegen die Wahlreform, nicht erreicht werden. Der Wahlrechtskampf geht weiter! Und gerade die tolleren Polizeiausbreitungen mahnen uns, wie notwendig es ist, Preußen zu einem wirklichen Kulturstaat zu machen. Die Erbitterung über diese Polizeitaten wird neue Scharen von Wahlrechtskämpfern erheben lassen!“

Und diese neuen Wahlrechtskämpfer kamen und stiegen auf die Straße; nicht die Jakobinermütze zierte ihr Haupt, sondern der Zylinderhut, denn es waren die bürgerlichen Demokraten der Reichshauptstadt, die sich am Sonntag gedrängt fühlten, ein wenig Achtzehnhundertachtundvierzig zu spielen. Sie sammelten sich im Zirkus Busch. Die Freisinnigen D. Raumann und Dr. Wiemer leiteten die Versammlung, über deren Verlauf wir gestern berichteten. Die Redner peitschten die Massen, selbst ein Nationalliberaler namens Maurer-Saarbrücken suchte die Volksseele zum Kochen zu bringen und in ihr die Sehnsucht nach den Barrikaden zu erwecken. Man hatte anfangs eine Resolution vorgeschlagen, in der nur von dem geheimen und direkten Wahlrecht für den preußischen Landtag die Rede war; die Gleichheit ließ man beiseite. Aber im Auditorium waren viele Sozialdemokraten. Und diese ließen sich das nicht bieten. Die Galerien lärnten, und so zogen denn die „Intellektuellen“ ihre Wissenschaft zu Rate und fanden schließlich, daß zur Glückseligkeit auch die „Gleichheit“ gehöre; so wurde sie noch reich in die Resolution hineingeschoben. Die Drahtzieher wollten es nicht, aber wer sich in den Strom begibt, muß mit ihm schwimmen, und so kam es, daß die Zylinderhüte schließlich mit den Jakobinermützen zusammen vom Zirkus Busch zum Schloß und vor das Kanzlerpalais fortgerissen wurden, um dort ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht auszubringen. Was mag Herr v. Bethmann-Hollweg gedacht haben, wenn er sich daran erinnert, daß in der Wahlnacht 1907 derselbe Freisinn dem Reichskanzler eine Ovation darbrachte, als die Sozialdemokraten bezimert worden waren? Jetzt erschien er an der Seite des Singer und Jahngebote-Hoffmanns, um etwas Revolutionsromantik zu treiben, allerdings so ungefährlich, daß ihnen die Zylinderhüte, die der ausbrechende Regen durchweichte, die Illusion raubte und sie allmählich nach Hause trieb.

Es lag über dem Ganzen der Hauch aus der Zeit der Weisköpfe und Perücken, der gutmütige Glanz einer harmlosen Demonstration. Es hätte nur gefehlt, daß der Reichskanzler im Auftrage des Serenissimus auf dem Balkon erschienen wäre und gesagt hätte: „Kinder, wir werden es schon machen, geht nach Hause, ihr werdet ja ganz roh und halt euch noch den Schnupfen.“ Die Polizei ließ die Partei des Stadtparlamentes denn auch ruhig gewähren und das „Recht auf die Straße“ versuchen. Ob denn den Freisinnigen das Asphaltpflaster nicht doch etwas sehr glatt vorkam? Was hätten sie nur angefangen, wenn ihre aufreißerischen Reden im Zirkus Busch die Genossen zu Laten wie in Frankfurt verleitet hätten? Die Schuld wäre auf sie gefallen und der Fleck auf der weißen Weste des Herrn Dr. Wiemer wäre nicht so bald verschwunden.

Die Liberalen haben in der letzten Zeit viel von ihrem Prestige verloren. Die nationalliberale junge Garde macht mit ihrem Radikalismus den Liberalismus noch gänzlich fertig. Im Lande erfahren sie eine Niederlage nach der anderen; der rote Bundesbruder nimmt ihnen die Mandate weg. Stolz fühlten sie sich 1907 als die Lieblinge der Götter und des Fürsten Bülow. Es sind jetzt erst drei Jahre verflossen. Die Liberalen glauben, daß es im Reichstage nur eine Mehrheit geben könne, der sie selbst angehören. Ihr Erwachen aus dem Taumel war zu spät, als Zentrum und Konservative ohne die bodbeinigen Liberalen die Reichsfinanzreform machten. Sie selbst wollten 400 Millionen indirekte Steuern bewilligen; als die andere Mehrheit nur

310 Millionen indirekte Steuern bewilligte, nützte ihnen ihr Bündnis mit den Sozialdemokraten und die Steuerbege nichts mehr. Ihre sozialdemokratischen Verbündeten freudeten sie wahrheitsgemäß bei den Wählermassen als eine Partei ohne Rückgrat und ohne politische Ehrlichkeit an. Es ist zwischen beiden ein ähnliches Verhältnis, wie zwischen Liberalen und Konservativen in Sachsen. Letztere glaubten mit Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer für Witwen und Waisen schlau zu sein, wenn sie mit den Liberalen Arm in Arm gingen. Es hat ihnen nichts genützt; im Gegenteil, sie stießen durch diesen Kniff auch noch die bürgerlichen Wähler vor den Kopf. Die Liberalen aber zogen gegen diese Partei zu Felde, weil sie schließlich als konservative doch dem Reiche geben mußten, was es brauchte; die Liberalen aber in ihrer gewissenlosen Taktik Arm in Arm mit den Sozialdemokraten die bitterste Notlage des Reiches auszubeuten suchten, um eine miserable Interessenspolitik zu treiben. Der Lohn wird ihnen nicht ausbleiben. Auch der Hansabund wird mit seinen „braunen Rappen“ ihren Besitz nicht zu erhalten vermögen. Krissell's doch schon im Lager der großen Industrie des Westens, die doch bisher die stärksten Stützen der Partei geliefert hat. Der Wahlkampf 1911 wird sehr heftig werden. Jener von 1907 dürfte noch übertroffen werden. Hier gingen die bürgerlichen Parteien zusammen, 1911 gehen die Liberalen von Bismarck bis Bülow, Zylinder und Ballonmütze wird zur Wahlparole werden. Nur eines vergessen die Liberalen: Welcher Umstand ließ denn das falsche Wort von der Herrschaft des Zentrums vor 1907 prägen? Es war der Zufall, daß das Zentrum in allen staatsrechtlichen Fragen mit den Konservativen und bei der Abwehr reaktionärer Anschläge mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit bildete. Sollten die Sozialdemokraten die Früchte der liberalen Siege einheimen und den bürgerlichen Parteien Mandate entreißen, so wäre ja der Zustand vor 1907 wieder hergestellt; die Liberalen aber könnten von den schönen Tagen des Blockreichstages träumen, wo beinahe Herr Bismarck — geädelt worden wäre.

Politische Rundschau.

Dresden, den 1. März 1910.

— Im preussischen Abgeordnetenhause wurde am Montag der Etat des Ministeriums des Innern ohne wesentliche Debatte zu Ende geführt. — Am Dienstag wird der Vergehet beraten.

— Gegen die Beschlässe der Kameruner Landkommission nennt die „Tägliche Rundschau“ — das Organ der Erlaubungen aller Art — an; das Blatt stellt die Forderung auf: „Es muß vielmehr in diesen Beschlässen der Reichstagskommission eine Aufforderung an die Kolonialregierung erblüht werden, eine schwere Rechtsverletzung zu begehen, eine Aufforderung, welche hoffentlich von der Regierung zurückgewiesen werden wird.“ Wir müssen diese Hoffnung zerstreuen, denn die Regierung hat sich ausdrücklich mit diesen Anträgen einverstanden erklärt und sogar noch eine Verschärfung derselben beantragt und auch durchgeführt. Das Blatt, das einst für Lippelskirch eintrat, bleibt sich somit treu.

— Kreplin gegen Dernburg. Bürgermeister Kreplin hat gegen den Staatssekretär wegen der bekannten Äußerung in der Budgetkommission des Reichstages Strafanktrag wegen Verleumdung gestellt. Herr Dernburg hatte bekanntlich Herrn Kreplin mit dem Diamantenschwindel von Poolop in Verbindung gebracht.

— Noch eine Bülow-Schuld. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf betr. die Aufstaudsausgaben für Südwestafrika zugegangen, durch den ausnahmsweise gestattet werden soll, daß die durch den Aufstand hervorgerufenen Ausgaben, soweit sie nicht in der Petmat geleistet und noch nicht verrechnet sind, in einer einheitlichen Abrechnung ohne Trennung nach Rechnungs-Jahren nachgewiesen werden dürfen. Die Prüfung darf ebenso wie die Kontrolle des Rechnungshofes auf Stichproben beschränkt werden. Der Reichskanzler soll ermächtigt werden, zur Deckung der Mehrausgaben bei den durch die Etats aus Anlaß des Eingeborenen-auffandes bewilligten Fonds die Summe von 23,7 Mill. Mark im Wege des Kredits käuflich zu machen. Diese Summe hat der Reichskanzler 1906 ausgegeben, ohne daß er die Zustimmung des Reichstages nachgesucht hätte. Als das Zentrum aber neun Millionen Mark abschrieb, da schrieb er über das antinationale Zentrum; rund 24 Millionen hat er aber unter Bruch der Reichsverfassung ausgegeben. Dafür müßte eigentlich eine Inzidenz nachgesucht werden. Warum geschieht dies nicht? Der Reichstag wird erst nachhelfen müssen.

— Die neue Fahrkostenerstattung für preuß. Staatsbeamte. Gemäß dem neuen Gesetzentwurf sollen erhalten bei Dienstreisen ein Fahrkosten für das Kilometer einschließlich der Kosten der Gepäckbeförderung für Wegetrecken, die auf Eisenbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden können: 1. aktive Staatsminister und Beamte der ersten bis fünften Rangklasse 9 Pfennig, wenn der Fahrpreis für die erste Wagenklasse bezahlt ist, anderenfalls 7 Pfennig, 2. Beamte, die nicht zu diesen Klassen gehören, sowie Subalternbeamte

der Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden und andere Beamte gleichen Ranges 7 Pfennig, wenn der Fahrpreis für die zweite Wagenklasse oder die erste Schiffsklasse bezahlt ist, anderenfalls 5 Pfennig; 3. sollen alle anderen Beamten, soweit sie bisher Anspruch hatten, 5 Pf. erhalten. Für Wegetrecken, die nicht auf Eisenbahnen, Kleinbahnen oder Schiffen zurückgelegt werden, sollen erhalten pro Kilometer: 1. aktive Staatsminister und Beamte der ersten bis fünften Rangklasse 60 Pfennig, 2. Beamte, die nicht diesen Klassen angehören, sowie Subalternbeamte der Provinzial-, Kreis- und Lokalbehörden und Beamte gleichen Ranges 40 Pfennig und 3. alle anderen Beamten, soweit sie bisher berechtigt waren, 30 Pfennig pro Kilometer. Die Fahrkosten werden für die Hin- und Rückreise besonders berechnet. Hat ein Beamter Dienstgeschäfte an verschiedenen Orten unternommen, die sich aufeinander beziehen, so ist der von Ort zu Ort wirklich zurückgelegte Weg ungeteilt der Berechnung der Fahrkosten zugrunde zu legen. Bei Berechnung der Entfernung wird jedes angefangene Kilometer für ein volles Kilometer gerechnet.

— Graf Poldowski, der frühere Staatssekretär des Innern, hat für die Münchener Zeitschrift „März“ einen Aufsatz geschrieben, wonach er die Wahrnehmung gemacht hat, daß sich im Reichstag und preussischen Abgeordnetenhause in den letzten Monaten Stimmungen fühlbar machen, die dem liberalen Reichsgedanken nicht förderlich zu sein scheinen. Anlaß zu diesen Äußerungen hätten besonders die Verhandlungen über die Einführung von Schiffahrtsabgaben und über die Aenderung des preussischen Wahlrechts gegeben. In seinen Äußerungen über den letzten Punkt tritt Graf Poldowski für das Reichstagswahlrecht ein und macht noch über die Reichstagsauflösung 1906 folgende interessante Bemerkungen:

„Auch die Gegner des Reichstagswahlrechts, welches mit dem Reiche geboren ist, müssen anerkennen, daß unter der Herrschaft dieses Wahlrechts in Deutschland auf geistlichem und wirtschaftlichem Gebiete eine ungeheure Kulturarbeit geleistet ist, und daß die auf Grund dieses Wahlrechts gewählte Körperschaft noch stets die Mittel gewährt hat, welche der Verteidigung unseres Vaterlandes zu Land und Wasser notwendig waren. Der Streitpunkt, der im Winter 1906 zur Auflösung des Reichstages führte, kann nicht als ein solcher betrachtet werden, bei dem es sich ernsthaft um Verjagung der Mittel zur nationalen Verteidigung gehandelt hätte.“

— Wie man die Reichslande germanisieren soll, sagt uns ein General v. Brodow, der in einer Versammlung des Alldeutschen Verbandes folgendes vorschlug: „In erster Linie fordert er eine Wahlrechtsreform dahin, daß, um den Einfluß des die Wahl beherrschenden Klerus zu brechen, die Hälfte der Vertreter zum Landesauswahlschuss durch die Berufsvertretungen, Universitäten usw. gewählt werden. Dann wünscht er Aufklärung des Volkes und fordert Besserung der Schulverhältnisse durch Ausschaltung des Einflusses der Geistlichkeit und Entfernungen der zahllosen in der Schule tätigen katholischen Schulküster. Die Anstellung und Beförderung der Lehrer habe fernerhin allein durch die Regierung zu erfolgen. Für wünschenswert hält der Vortragende auch die Einführung von Simultanschulen. Als wichtiger Faktor sei noch die deutsche Armee genannt, die eine wahre Erziehungsanstalt für die reichsländische Jugend bilde. Noch auf Generationen hinaus müsse man an der Gepflogenheit festhalten, den Reichsländer im Reiche und den alldeutschen Rekruten in den Reichsländern dienen zu lassen. Sehr nützlich in den Reichsländern seien auch die Striegerevieren, deren Tätigkeit zur Wahrung und Ausbreitung des Deutschtums erfolgreich beitrage.“ Wenn man nach diesen Rezepten verfahren würde, könnte man nur erreichen, daß die katholische Bevölkerung sich vom Reiche abgetrennt fühlt; wer das Land gewinnen will, muß es nehmen, wie es ist und darf besonders an den religiösen Verhältnissen nichts ändern wollen. Der Kulturkampf in den Reichsländern führt nur zur Entfremdung mit Alldeutschland.

— Für „Religion und Sitte!“ Die „Germania“ schreibt:

„Wie hiesige Blätter berichten, fand in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in den Festsälen des Berliner Landwehr-Offizierskasinos der „Ball der Oesterreicher“ statt. Unter Oesterreichern stellt man sich insgemein Katholiken vor, und es dürfte wohl auch die große Mehrzahl der Oesterreicher, die an der Veranstaltung teilnahmen, aus Katholiken bestanden haben. Da ist es nun für die gläubigen Katholiken Berlins ein unerhörtes Vergnügen, daß Katholiken eines anderen Staates durch Veranstaltung eines Balles mitten in der Fastenzeit ein Kirchengelächter großlich mit Füßen treten. Noch größer aber wird dieses Vergnügen dadurch, daß, wie die Blätter weiter berichten, auch der hiesige Votivschaffter Sr. kaiserlich-königlichen apostolischen Majestät Franz Joseph und das gesamte Votivschaffpersonal mit dem Generalkonsul an dem Ballo teilnahmen. Wir wissen nicht, ob auch in Oesterreich selbst — wo ja allerdings vieles möglich ist, was man anderswärts für undenkbar hält — so hohe Staatsfunktionäre an Lang-